

AußenwirtschaftsNews – China

04/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur und Wirtschaft

- Das chinesische Bruttoinlandsprodukt ist im vergangenen Jahr nach Regierungsangaben um fünf Prozent gewachsen. Das von der Regierung ausgegebene Ziel von „rund fünf Prozent Wachstum“ konnte demnach punktgenau erreicht werden. Insgesamt weist China ein stabiles Wirtschaftswachstum auf – wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau als in den 2000er und 2010er Jahren.
- Im ersten Quartal 2025 wuchs die chinesische Wirtschaft offiziellen Angaben zufolge um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal. Das hohe Wachstumstempo des vierten Quartals 2024 (+5,4 Prozent) konnte demnach beibehalten werden.
- Verantwortlich für das stabile Wachstum war erneut eine dynamische Entwicklung der Industrieproduktion. Im März lag der industrielle Output um 7,7 Prozent höher als im Vorjahresmonat. In den Monaten Januar und Februar lag das Plus gegenüber dem Vorjahreszeitraum bei ebenfalls starken 5,9 Prozent. Die Industriebetriebe profitierten dabei insbesondere von einer höheren Auslandsnachfrage. Die Exporte Chinas lagen im März um 12,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahres.
- Dass die wirtschaftliche Dynamik anhält, gilt zugleich als sehr unwahrscheinlich. Für das Gesamtjahr 2025 hat Chinas Ministerpräsident Li Qiang vor dem Nationalen Volkskongress Anfang März zwar erneut ein Wirtschaftswachstum von fünf Prozent als Ziel ausgegeben. Insbesondere das Plus bei den Exporten lässt sich jedoch vor allem durch Vorzieheffekte erklären. Im April werden die Exporte angesichts des Handelskonflikts mit den USA mutmaßlich einbrechen, was die Industrieproduktion und in der Folge auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Mitleidenschaft ziehen wird.
- Zusätzlich bleibt das Verbrauchervertrauen schwach. Die Regierung intensiviert deshalb ihre Bemühungen, die Binnennachfrage anzukurbeln. Geplant sind Maßnahmen wie Steuerentlastungen, Wohnungsreformen und höhere Kinderbetreuungszuschüsse sowie eine Ausweitung der Subventionen für den Technologiesektor.
- Die Zentralbank hat außerdem angedeutet, die Geldpolitik zu lockern, um dem Finanzsystem mehr Liquidität zu verschaffen und Investitionen – unter anderem in Bauten – zu erleichtern. Dass diese Maßnahmen ausreichen, um die Verwerfungen in Folge des Handelskonflikts vollständig zu kompensieren, gilt als unwahrscheinlich.

2 Handels- und Zollpolitik

- Die USA gewähren China keine 90-tägige Aussetzung ihrer länderspezifischen, reziproken Zölle. Seit dem 10. April 2025 wird ein sogenannter [reziproker Zusatzzoll von 125 Prozent auf die Einfuhr chinesischer Waren](#) erhoben. Dieser Zollsatz wird zu den bereits bestehenden Zusatzzöllen von 20 Prozent addiert, die die Vereinigten Staaten auf chinesische Einfuhren im Februar 2025 verhängten. China antwortete auf die reziproken Zölle mit [Gegenzöllen von 125 Prozent auf importierte US-Waren](#).
- Mehrere elektronische Waren werden von den reziproken US-Zusatzzöllen befreit. Präsident Donald Trump erließ am 11. April 2025 ein [Memorandum](#), das die Warentarifnummern auflistet, die von der Ausnahme unabhängig von ihrem Ursprung profitieren. Da die USA Elektrogeräte wie z. B. Smartphones vor allem aus China importieren, betrifft die Regelung vor allem den US-chinesischen Handel. Werden elektronische Waren aus China importiert, gilt weiterhin ein Zusatzzoll von 20 Prozent.
- Ab dem 02. Mai 2025 wird in den USA die [800-Dollar-Zollfreigrenze für Sendungen aus China entfallen](#). Diese sogenannte De-minimis-Ausnahme ermöglichte bislang die zollfreie Einfuhr von Paketen mit einem Wert von bis zu 800 US-Dollar. Nach Angaben des US-Handelsministers wurden nun angemessene Systeme für die Verarbeitung und Erhebung von Zolleinnahmen für erfasste Warensendungen aus China etabliert.
- China, Japan und Südkorea wollen den regionalen Handel stärken. Zum ersten Mal seit fünf Jahren führten die Handelsminister der drei Länder am 30. März 2025 [Gespräche über ein trilaterales Freihandelsabkommen](#), das den Warenaustausch unter ihnen intensivieren soll. Die trilateralen Gespräche begannen bereits 2012, doch territoriale Streitigkeiten haben immer wieder für Verzögerungen gesorgt. Der Trilog kam wieder in Gang, nachdem Präsident Trump Zusatzzölle auf Einfuhren von Autos und Autoteilen von 25 Prozent angekündigt hatte.
- Die EU und China erwägen Mindestpreise für in die EU importierte E-Autos aus China. Diese sollen anstelle der Ausgleichszölle gelten, die die EU im Oktober 2024 einführte. Im Gegenzug sollen nach [Angaben von Handelsblatt](#) prominente chinesische E-Auto-Hersteller verstärkt in der EU investieren und Technologietransfers ermöglichen.

3 Sicherheitspolitik

- China erweitert seinen rechtlichen Werkzeugkasten, um auf ausländische Sanktionen reagieren zu können. Premierminister Li unterzeichnete am 23. März 2025 ein [Dekret, mit dem die Bestimmungen des Gesetzes über ausländische Sanktionen der Volksrepublik China umgesetzt werden](#). Das Gesetz sieht vor, dass natürliche und juristische Personen, die sich an diskriminierenden Maßnahmen gegen chinesische Bürger oder Unternehmen beteiligen, auf eine Sanktionsliste gesetzt werden. Bei gelisteten Personen können die Visaerteilung oder die Einreise verweigert, der Aufenthaltsstatus inklusive Arbeitserlaubnisse entzogen oder die Ausreise erzwungen werden. Sich in China befindliche Vermögenswerte von gelisteten natürlichen und juristischen Personen können beschlagnahmt oder eingefroren werden. Transaktionen in China mit den

gelisteten Personen können beschränkt oder ganz untersagt sowie Geldstrafen verhängt werden. Daneben können folgende Aktivitäten verboten oder eingeschränkt werden:

- Beteiligung an Import- und Exportaktivitäten
- Investitionen in China
- Ausfuhr von Gütern an gelistete Unternehmen
- Die USA gehen weiter gegen die militärische Entwicklung Chinas vor. Das [Bureau of Industry and Security](#) (BIS) erweiterte am 25. März 2025 die sogenannte Entity List um 80 Einrichtungen, vornehmlich aus China. Damit unterliegen diese Einrichtungen US-Exportkontrollen, die Chinas Zugang zu Hochleistungsrechnern und Quantentechnologien für militärische Anwendungen, Fortschritte bei Hyperschallwaffen sowie Chinas nukleare Aktivitäten erschweren sollen.
- China hat am 09. April 2025 seinerseits die [Ausfuhr von Dual-Use-Gütern an 16 US-Unternehmen verboten](#). Zudem hat China [sechs US-Unternehmen in die Liste unzuverlässiger Entitäten aufgenommen](#). Den gelisteten Unternehmen ist es verboten, sich an Import- und Exportaktivitäten im Zusammenhang mit China zu beteiligen sowie Investitionen in China zu tätigen.
- China unterstellt [weitere Seltene Erden der chinesischen Ausfuhrkontrolle](#). Seit dem 04. April 2025 wird für die Ausfuhr aus China von Dysprosium, Gadolinium, Lutetium, Samarium, Scandium, Terbium oder Yttrium sowie deren Legierungen, Gemische und chemischen Verbindungen eine Genehmigung des chinesischen Handelsministeriums benötigt. Diese Elemente werden vor allem in der Rüstungs-, Elektrofahrzeug-, Energie- und Elektronikindustrie verwendet.

4 Unternehmensfusion

Nach [Angaben der New York Times](#) führen die chinesischen Autobauer Dongfeng und Changan fortgeschrittene Fusionsgespräch. Ihre ausländischen Joint-Venture-Partner Nissan und Ford seien über die mögliche Fusion informiert. Eine Zusammenlegung der beiden Geschäfte würde eine signifikante Konsolidierung des chinesischen Automarkts bedeuten.

5 Produktvorschriften

Das chinesische Ministerium für Industrie und Informationstechnologie veröffentlichte am 14. April 2025 [strengere Vorschriften für die Batterien von E-Autos](#). Hersteller müssen ab Juli 2026 sicherstellen, dass ihre Batterien unter bestimmten Belastungen wie einem Aufprall weder explodieren noch Feuer fangen. Hintergrund der neuen Produktvorschrift ist ein tödlicher Unfall, bei dem ein E-Auto der Marke Xiaomi nach einem Crash Feuer fing.

6 Chinesisch-europäische Beziehungen

- Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der diplomatischen Beziehungen zwischen China und der EU [telefonierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 08. April 2025 mit dem chinesischen Premier Li Qiang](#). Im Telefonat ging es um die globalen Verwerfungen, die die aktuelle US-Zollpolitik auslöst. Präsidentin von der Leyen betonte die Rolle Chinas bei der Eindämmung von Umlenkungseffekten, insbesondere in Sektoren, die bereits von weltweiten Überkapazitäten betroffen sind. Zudem plädierte sie für einen besseren Zugang zum chinesischen Markt für europäische Unternehmen.
- Mit der industriepolitischen Strategie Made-in-China-2025 stieg China zur weltweiten Supermacht im verarbeitenden Gewerbe auf und übertrifft die Europäische Union in Schlüsseltechnologien wie Elektrofahrzeuge, PV-Anlagen und Ausrüstung für Telekommunikationsnetze. Das geht aus dem Bericht [Made in China 2025: The Cost of Technological Leadership](#) der EU-Handelskammer in China hervor. Laut des Präsidenten der Kammer könne China die aktuellen Herausforderungen für das globale Handelssystem als Chance nutzen, um seine Rolle als zuverlässiger und berechenbarer Handelspartner zu stärken, indem es sich von Made-in-China-2025-Strategie abwendet und stärkere marktorientierte Ansätze verfolgt.

Ansprechpartner

Tatjana Vargas

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442
tatjana.vargas@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422
elias.kerperin@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.